

DAS ELTERN-KIND-VERHÄLTNIS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF KINDER IN UNVOLLSTÄNDIGEN FAMILIEN*

Prof. DR. EMILIA WEISS

Die Internationale Konferenz der Familienrechtler der sozialistischen Länder war vom Jahre 1965 bis zum Jahre 1973 in allen zwei Jahren veranstaltet. (1965 in Warschau, 1967 in Pécs, 1969 in Jena, 1971 in Bratislava, 1973 in Varna.) Seit dem Jahre 1973 wurde diese Tradition, wurden diese ereignisvollen Sitzungen der Familienrechtler der sozialistischen Länder unterbrochen.

Die Juristische Fakultät der Karl Universität zu Prag hat diese Stille gebrochen, hat den fallen gelassenen Faden wieder aufgenommen — auch mit der Zielsetzung in der Weiterführung dieser Tradition für die Zukunft der Bahnbrecher zu sein. Vom 24. bis 26. Mai 1983 hat daher die Internationale Konferenz der Familienrechtler der sozialistischen Länder — als Nachfolger der vorhererwähnten Familienrechtskonferenzen — in Prag stattgefunden.

Das *Hauptthema* der Konferenz war das Eltern-Kind-Verhältnis in dem sozialistischen Familienrecht. In diesem Bereich wurden besonders die allgemeine Grundprinzipien des Eltern-Kind-Verhältnisses, das Eltern-Kind-Verhältnis in unvollständigen Familien und die sog. Ersatzerziehung von minderjährigen Kinder diskutiert.

Die *Teilnehmer* der Konferenz waren *Familienrechtler* aus der Tschechoslowakei,¹ der Sowjetunion,² der DDR,³ Polen⁴ und Ungarn.^{5 6} Und es waren dabei Teilnehmer — besonders tschechischer und slowakischer Seite — auch *Fachleute anderer Art für Kinderfürsorge*.⁷ Dadurch gewann die Konferenz auch einem am Gebiet des Familienrechts sehr wichtigen interdisziplinären Charakter.

Die Teilnehmer der Konferenz waren einig in der Frage, dass die Veranstalter der Konferenz einen für einen jeden Familienrechtler wichtigen Problemenkreis als Hauptthema der Konferenz gewählt haben, dass es ein problemorientierter Meinungsaustausch in dem gewählten Problemenbereich, das Kennenlernen deren teilweise ähnliche teilweise verschiedene Probleme, und deren teilweise ähnliche, teilweise verschiedene Lösungen in

* Vorlesung an der Internationalen Konferenz der Familienrechtler der sozialistischen Länder, Karl Universität, Prag, 1983.

den einzelnen sozialistischen Ländern, und auch das Kennenlernen der Bestrebungen der einzelnen sozialistischen Länder zur Lösung jener Probleme die bis jetzt zu keiner befriedigender Lösung gekommen sind, sehr wichtig und nützlich waren.

Die Bewertung der Familienrechtskonferenz, die rechtsvergleichende Darstellung der einzelnen diskutierten Fragen hat diese Abhandlung doch nicht vor. Wir sind in der Hoffnung, dass ähnlich der früheren Familienrechtskonferenzen auch die Materialien dieser Konferenz, mutmasslich auch mit einer eingehender Bewertung der Konferenz im allgemeinen, in einem Sammelband erscheinen werden.

Diese Zeitschrift hat nur die Zielsetzung die zwei ungarischen Abhandlungen der Familienrechtskonferenz zu veröffentlichen.

Der Schutz des Kindes ist heutzutage eine Weltaufgabe geworden. Es gibt leider grosse Gebiete in der Welt wo dieser Schutz einen Schutz gegen den Hungertod bedeuten hat, in anderen Bereichen ist der Kinderschutz gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit gerichtet, und wieder in anderen Teilen der Welt zeigt sich der Schutz des Kindes im Streben nach der Schulbildung, in einem Kampf gegen den Analphabetismus der Kinder.

Die sozialistischen Länder, und auch viele der kapitalistischen Länder stehen natürlich an einer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, wo Probleme des Kindesschutzes dieser Art schon gelöst sind, in vieler Hinsicht sogar vor einer ziemlich langen Zeit gelöst wurden.

Jedoch die Rettung von dem Hungertod, der Ausbeutung, und dem Analphabetentum können für die Gesellschaften, bei denen die genannten Aufgaben schon gelöst sind auf dem Gebiet des Kindesschutzes weit nicht genügend sein.

Und es könnte kaum strittig sein, dass Fragen des Eltern-Kind-Verhältnisses, besonders in Fällen, wenn sie irgendeinen staatlichen Eingriff, eventuell eine staatliche Unterstützung anderer Art beanspruchen, in der Gesellschaft von heute, so auch in der Gesellschaft der sozialistischen Länder, auch als Probleme, manchmal sogar als sehr wichtige, sehr schwierige Probleme des Kindesschutzes hervortreten. Vielleicht taucht das Problem in einem geringeren Masse auf, falls es um eine in einer Familiengemeinschaft zusammenlebende Familie handelt, schon in einer schwereren Form zwischen geschiedenen bzw. getrenntlebenden Eheleuten, und ihren Kindern, und besonders schwierig dann, wenn es um solche Kinder handelt, die eine Ersatzerziehung, womöglich aber im Rahmen einer Familie benötigen.

Das Eltern-Kind-Verhältnis, sowohl im allgemeinen, wie auch in Fällen geschiedenen Eltern und deren Kinder, und auch in Fällen wo dieses Verhältnis eben wegen einer etwaigen Fehlleistung seitens der — ob gemeinsamlebenden, ob geschiedenen bzw. getrenntlebenden — Eltern zur Gefährdung des Kindes führt, sind daher Fragen, mit denen sich das Familienrecht der sozialistischen Länder in breiten Kreise beschäftigt, die vielleicht neben den Fragen der Ehescheidung im Mittelpunkt des Interesses der familienrechtlichen Forschungen stehen.

Es wäre vielleicht auch zu erwähnen, dass schon die zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Familienrechtler, im Jahre 1967, damals in Ungarn, in Pécs auch das Eltern-Kind-Verhältnis als Hauptthema gewählt hat — damals noch teilweise abgesondert die Rechtsverhältnisse zwischen den ehelichen Kindern und ihren Eltern und den unehelichen Kindern und ihren Eltern.

Die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung, so auch die Entwicklung, teilweise die Änderung des Familienlebens sind in den seither vergangenen Jahren sowohl in Ungarn, wie auch in den anderen sozialistischen Ländern von grosser Bedeutung. Doch das Blättern in den Materialien dieser Konferenz bezeugen, dass sämtliche der damaligen Probleme des Eltern-Kind-Verhältnisses auch heute noch lebendig sind, auch heute noch eine bessere, optimalere Lösung erfordern. Das Familienleben ist seither leider in vieler Hinsicht eher unausgeglichen, als ausgeglichen geworden, und dies stellt die Probleme des Eltern-Kind-Verhältnisses, besonders den Schutz der Kinder in den von ihre Stabilität mehr verlorenen Familien, in einem erhöhten Masse in den Vordergrund.

Die Festigung der Ehe, der Familie, was als Zielsetzung alle Familienrechtler vorhaben, hat auch den Zweck, dem Kind eine Möglichkeit zu sichern, in einer Familie, womöglich in einer harmonischen Familie mit Eltern, und zwar mit beiden Eltern erzogen zu werden, und auch in dem Kind einen Wunsch, einen Anspruch zu erwecken, es soll auch für seine künftige Familie, für seine künftigen Kinder eine volle Familie und ein harmonisches Familienleben sichern.

Juristische Mittel allein, in sich, auch wenn es richtige Gesetze bzw. Verordnungen und eine richtige, umsichtige Praxis der Gerichte oder der Vormundschaftsbehörden gibt, können doch nur einen Teil, vielleicht auch nicht den grössten Teil bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung bedeuten. Und ebenso gehören die Verwirklichung, die Durchsetzung der Grundsätze des Eltern-Kind-Verhältnisses, und auch der im Familienrecht geregelten Einzelfragen dieses Verhältnisses, nicht allein zu den Aufgaben der Juristen. Die Lösung des im Rahmen des Eltern-Kind-Verhältnisses auftretenden Problemkomplexes des Kindesschutzes ist in den sozialistischen Gesellschaften eine vielseitige Aufgabe geworden, an der durch seine Organe selbst der Staat, aber auch gesellschaftliche Organisationen und auch Einzelpersonen, wie u.a. ein verbreiteteres Kreis der Verwandten, Pädagogen, Psychologen, Gesellschaftswissenschaftler und Praktiker anderer Art, und last but not least alle die Leute teilzunehmen haben, die infolge ihres Berufes oder ihrer Persönlichkeit die gesellschaftliche Denkweise in einer guten Richtung zu beeinflussen fähig sind.

Das Eltern-Kind-Verhältnis ist in den sozialistischen Familienrechten, sogar im breiteren Sinne, in den sozialistischen Gesellschaften im allgemeinen mindestens *durch vier Grundsätze bestimmt*.

Der eine Grundsatz besteht darin, dass die Elternrechte und natürlich auch die Pflichten der Eltern immer im Interesse des Kindes, zum Wohl des Kindes auszuüben sind. Man muss doch vorausschicken, dass die meisten der Eltern, besonders solange sie als Eheleute in einer Lebensgemeinschaft

zusammenleben, diesem Grundsatz nach ihren elterlichen Empfindungen folgen, ohne bewusst zu sein, dass sie dadurch auch einem Befehl der juristischen Normen folgen.

Ein nächster Grundsatz ist, dass bei der Ausübung der Elternrechte bzw. Pflichten die Eltern, der Vater und die Mutter, gleichberechtigt sind. Dass sie die gleichen Rechte und Pflichten haben — soll es um die Ausübung der Sorgerechte, der Erziehungsrechte bzw. Pflichten handeln, oder die Entscheidungen der wichtigeren Fragen des Schicksals bzw. des Lebenslaufes des Kindes betreffen, sowie als Pflichten auf dem Gebiet der finanziellen Sorge, des Unterhalts des Kindes auftreten.

Dieser Grundsatz ist zwar ein Teil der in der Verfassung ausgesprochenen Gleichberechtigung von Mann und Frau, doch ein spezifischer, durch die Eigenart des Familienlebens gefärbter, bestimmter Teil. Er bekommt dabei im Laufe der Änderung der traditionellen Gesellschaftsbeziehungen, im Gange des Allgemeinwerdens der Familien mit zwei Berufstätigen, eben im Eltern-Kind-Verhältnis eine stets zunehmende Bedeutung.

In welchem Masse sich dieser Grundsatz, besonders ein wirklicher Anspruch auf gleiche Rechte und Pflichten in dem Eltern-Kind-Verhältnis in den Familiengemeinschaften durchsetzt, bleibt in vielen Fällen intra muros (binnen der Mauern des Familienheims). Ehescheidungsprozesse, wo diese Fragen meistens doch extra muros kommen, sprechen aber dafür dass sich die Verwirklichung dieses Grundsatzes stets erhöht.

Als *dritter Grundsatz* sollte die staatliche Förderung des Eltern-Kind-Verhältnisses erwähnt werden. Das sozialistische Familienrecht, auch das Eltern-Kind-Verhältnis wird durch die Beziehung des Staates zu den Familien, zu dem Familienleben stark beeinflusst. Der sozialistische Staat fühlt den Familien gegenüber besonders den Familien mit Kindern gegenüber tiefe Verantwortung, und tut daher zur Förderung dieser Familien, zum Besserwerden des Eltern-Kind-Verhältnisses sein Bestes. Man kann mit Recht behaupten, dass die staatliche Hilfe, die staatliche Förderung der Kindern, des Eltern-Kind-Verhältnisses stets zunimmt, ohne dass diese Hilfe nur, oder sogar in erster Linie eine blosse Sozialhilfe wäre.

Als *vierter Grundsatz* wäre die staatliche Überwachung des Eltern-Kind-Verhältnisses zu erwähnen. Dieser Grundsatz bekommt besonders in solchen Fällen eine grössere Bedeutung, wo eine Gefährdung des Kindes vorliegt, nicht selten eben mangels richtiger Ausübung der Elternrechte, wegen schwerer Verletzung der elterlichen Pflichten. Solche Fehlleistungen der Eltern können auch staatliche Eingriffe in das Eltern-Kind-Verhältnis, manchmal auch eine Beschränkung der Elternrechte mitbringen. Die Mittel dieser Eingriffe sind verschiedenartig, und sowohl diese, wie auch der Grad der eventuellen Beschränkung der Elternrechte richten sich nach den Bedürfnissen des Kindes, nach dem Mass seiner Gefährdung, aber sie sind auch nicht unabhängig davon ob diese Gefährdung auch dem Verschulden der Eltern anzurechnen ist.

Die Folgenden haben die Zielsetzung auf einige Probleme der an erster und zweiter Stelle erwähnten Grundsätze aufmerksam zu machen,

besonders auf Probleme, die im Falle einer Ehescheidung oder eines Getrenntlebens der Eltern auftauchen.

Das Wohl des Kindes bei der Ausübung der Elternrechte vor Augen zu halten, und auch, natürlich nicht die haargenauen, doch die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Eltern dem Kinde gegenüber anzuerkennen, ein Familienleben auszustalten, wo beide der Eltern an der Ausübung der elterlichen Rechte und Pflichten teilnehmen, geht im allgemeinen in einer harmonischen Ehe mehr Problemlos, und vielleicht auch in solchen Ehen — die leider gar nicht als Ausnahmefälle zu betrachten sind — wo einer der Elternteile allein das Wohl des Kindes zu sichern hat, und auch die Elternrechte und besonders diese Pflichten teilweise, oder sogar ganz auch statt des anderen Elternteiles zu leisten hat.

Die Zerrüttung der Ehe, besonders die Ehescheidung wirft aber ziemlich oft bei dem in Vordergrundbleiben des Kindeswohles seitens der Eltern, und auch in der Frage schwierige Probleme auf, wie die bisher von beiden der Elternteile gemeinsam ausgeübten Elternrechte von nun an auf irgendeinem anderen Weg weiterzuführen seien. Diese Probleme sind manchmal sogar schwieriger dort, wo die Eltern während der ehelichen Gemeinschaft eine gesunde Arbeitsteilung in der Familienarbeit, sowohl in der Erziehung der Kinder, wie auch in der Ausübung anderer elterlichen Rechte und Pflichten durchgeführt haben.

Das bisher von beiden der Elternteile geliebtes, zärtlich behandeltes Kind wird in den Ehescheidungsprozessen oft ein Gegenstand der Streitsache seiner Eltern, manchmal sogar ein Opfer der Rache der geschiedenen Eheleute. Das Prinzip das Wohl des Kindes in einem optimalen Masse zu sichern wird in diesen Fällen oft ziemlich problematisch. Und nicht weniger die mit diesen Problemen stark zusammenhängenden Fragen: wie die Elternrechte und Pflichten nach der Scheidung zu regeln, wie die Beziehungen zwischen Kindern und Eltern nach der Scheidung zu gestalten sind. Natürlich vor allem im Interesse des Kindes, jedoch auch mit Rücksicht darauf dass viele der heutigen Familien, besonders der Familien der jüngeren Generation, wo die Ehescheidungen, die auch minderjährige Kinder betreffen häufiger sind, wirklich durch die Teilnahme beider der Elternteile an der Kindererziehung, und auch durch die gleiche Bindung beider der Eheleute, beider der Eltern an ihren Kindern charakterisiert sind.

Die Probleme nehmen dabei an Bedeutung auch dadurch zu, dass die Zahl der auch Kinder betreffenden Ehescheidungen stets zunimmt. Es ist mit Bedauern zu behaupten, dass Vorhandensein von Kinder, sogar mehrere Kinder keine Zurückziehungskraft auf die Ehescheidungen mehr ausüben. In Ungarn sind heutzutage 70% von den mit Ehescheidung ein Ende nehmenden Ehen solche, in denen Kinder geboren sind, und ungefähr 60% der Ehescheidungen betreffen minderjährige Kinder. Man muss noch hinzufügen, dass diese Prozentsätze vor 10 Jahren noch bedeutend niedriger waren.

Es erhöht sich auch die Zahl der Ehescheidungen, die Kinder in einem ziemlich niedrigen Alter betreffen, was auch zur Folge hat dass geschiedene Eheleute ihren Kindern gegenüber oft für eine ziemlich lange Zeitdauer ir-

gendwie getrennte, irgendwie geteilte Rechte und Pflichten auszuüben haben. Dieser Umstand erhöht auch die Verantwortung der Regelung des Eltern-Kind-Verhältnisses, soll es um eine Regelung gesetzgeberischer Natur sein, oder in Richtlinien des Obersten Gerichtes, oder in einzelnen Entscheidungen des Gerichtes bzw. der Vormundschaftsbehörden erscheinen. Und es steigt auch die Verantwortung der geschiedenen Eltern diese Rechte und Pflichten richtig auszuüben, und für ihre Kinder auch während dieser längeren Zeit eine Möglichkeit darzubieten, beide Elternteile, wenn auch getrennt, als wirkliche Eltern beibehalten zu können.

Man könnte nicht behaupten, dass diese Fragen, die natürlich nicht nur juristische Fragen sind, in den geschiedenen Familien immer befriedigend gelöst werden. Jedoch wäre es eine wichtige Zielsetzung sowohl für Juristen, wie auch für andere Organe die Zahl der besseren Lösungen und auch das Verantwortungsgefühl viele der geschiedenen Eltern zu erhöhen um ihren Kindern mit beiden der Elternteilen einen guten Kontakt zu sichern.

Bei der Regelung des Eltern-Kind-Verhältnisses nach der Scheidung gibt es in den sozialistischen Ländern meines Wissens nach *drei Modelle*.

Nach dem traditionellen Modell, welchem auch das ungarische Recht folgt, führt die Ehescheidung von Gesetzeswegen, wenn auch mit kleineren Unterschieden, doch zu einer mehr oder vielleicht in einigen Rechten etwa minderer starren Zerteilung der Elternrechte. Danach erhält einer der Elternteile das Sorgerecht, das Erziehungsrecht, der andere das Umgangsrecht, die Umgangbefugnis. Dabei hat der nichterziehungsberechtigte (nichtsorgeberechtigte) Elternteil seinem Kind einen Unterhalt in Geld zu zahlen, während der erziehungsberechtigte Elternteil für sein Kind in seinem Haushalt sorgt.

Das traditionelle Modell dürfte jedoch nicht auch die traditionellen Lösungen als Ergebnis haben. Bei der Zerteilung der Elternrechte, besonders in der Frage, welchem der Elternteile das Erziehungsrecht zu übertragen ist, müssen oder müssten auch die wesentliche Änderungen des Familienlebens, besonders die wesentliche Änderung des Eltern-Kind-Verhältnisses der heutigen Familien während des ehelichen Zusammenlebens beobachtet werden.

Nach dem anderen Modell, dem das sowjetische Recht folgt, haben beide Eltern auch nach der Scheidung ihrem Kinde gegenüber die gleichen Rechte und Pflichten.

Ein drittes Modell wird in dem Familienrecht von Polen statuiert. Dieses folgt zwar in den meisten der Fällen dem traditionellen Modell aber laut Gesetz muss dies nicht unbedingt zur Geltung kommen. Das Gesetz gibt nämlich eine Möglichkeit, auch nach der Scheidung eine gemeinsame elterliche Sorge aufrechtzuerhalten. Über das Existieren dieser gemeinsamen elterlichen Sorge in der Praxis, wie sie ausgeübt wird, wie dieses Institut ausser den betroffenen Eltern und Kindern im Kreise der Juristen und auch seitens anderer Fachleute, so von Psychologen, Pädagogen, usw. empfangen wurde und wird kann man jedoch kaum lesen.⁸

Ungarn folgt, wie schon erwähnt, dem traditionellen Modell. Die Elternrechte werden mit der Scheidung laut Gesetz in Sorgerecht und Umgangsrecht geteilt, und der nichtsorgeberechtigte Elternteil hat von nun an den Kindesunterhalt in Geld zu bezahlen.

Keine dieser Fragen ist jedoch problemlos, weder seitens der Regelung, noch seitens der Durchführung, und man könnte fortsetzen, weder für das Kind, noch für den nichtsorgeberechtigten oder den von nun an allein sorgeberechtigten Elternteil.

Um nur die wichtigsten Regeln und einige der Probleme erörtern: Es sollte vielleicht vorausgeschickt werden, dass die Fragen des Sorgerechts, des Erziehungsrechts und mit denen stark verbunden des Umgangsrechts der geschiedenen Elternteile heute in Ungarn mehr im Vordergrund stehen als die des Kindesunterhaltes. Die richtige Entscheidung dieser Fragen ist heute infolge mehrerer, teilweise zusammenhängender Gründe viel schwieriger geworden.

Eheleute trennen sich voneinander, vielleicht öfter als es wünschenswert wäre, jedoch in einer immer zunehmende Zahl der Fälle wollen sie sich nur voneinander trennen und nicht auch von ihren Kindern. Sie sind unverändert bereit, nicht nur die Elternrechte, sondern auch die Pflichten weiterzuführen, und die Verantwortung für ihre Kinder weiter zu übernehmen. Psychologische Untersuchungen sprechen dabei dafür, dass auch eine ziemlich hohe Zahl der direkt oder indirekt angefragten Kinder beide der Eltern behalten möchte und beiden der Eltern Anhänglichkeit beweisen.

Das Eltern-Kind-Verhältnis, die Ausübung der elterlichen Rechte und Pflichten in der Ehe änderten sich in der gesellschaftlichen Entwicklung besonders der letzten Jahrzehnte in einer solchen Weise, wie es vom Gericht, in der Gerichtsentscheidung, nach der Ehescheidung *mindestens auf dem traditionellen Weg*, nicht mehr berücksichtigt werden kann, wie die Weiterführung dieser Rechte und Pflichten an einer den vorherigen gleichen, oder sogar ähnlichen Weise nicht mehr möglich scheint. In einer Mehrzahl der Ehen, der Familien hat während der Bestehung der Ehe keiner der Elternteile die Sorgerechte, die Erziehungsrechte allein ausgeübt, und auch keiner der Elternteile war an der Ausübung deren gehindert, und besonders nicht von der Ausübung deren ausgeschlossen.

Wir haben ja auch in dieser Frage erstens die Rechte, das Wohl des Kindes zu schützen, und nicht etwa einseitig die Interesse, die „Rechte“ der Eltern zum Kinde in den Vordergrund zu stellen. Jedoch die gemeinsamen, von beiden der Eheleute ausgeübten Elternrechte, und vielleicht auch eine bedeutende erzieherische Hilfe der beiderseitigen Grosseltern, dienten bis zur Scheidung auch dem Wohl des Kindes.

Die Frage: was dem Wohl des Kindes besser dient, bei der Mutter oder beim Vater untergebracht zu werden, ist heute, im Vergleich mit der sogar nicht sehr weiten Vergangenheit, eine viel schwieriger entscheidbare, eine viel zusammengesetztere Frage geworden.

Der Gesetzgeber des ungarischen Familiengesetzbuches (UFGB) sagt aus, das Sorgerecht, das Erziehungsrecht soll im Ehescheidungsprozess mangels einer Vereinbarung der Eltern durch eine Gerichtsentscheidung

jenem Elternteil übertragen werden, bei dem die günstigere körperliche, geistige und moralische Entwicklung des Kindes gesichert ist. Das Gesetz bestimmt auch, dass das Sorgerecht des anderen Elternteils für diese Zeit ausgesetzt wird.

In den Fragen, nach welchen Kriterien die Auswahl des sorgeberechtigten Elternteils geschehen soll, geben die Richtlinien des Obersten Gerichtes nähere Unterweisungen. Die letzte dieser Richtlinien stammt vom Jahre 1982, die als Zielsetzung die Berücksichtigung der seit der vorherigen Richtlinie vom Jahre 1974 eingetretenen Änderungen des Familienlebens, und auch der Struktur, der Aufgaben der Familien vor Augen hält.

Ohne diese Richtlinie hier im Ganzen bekanntzumachen, wären doch einige ihrer Bestimmungen zu erwähnen.

Eine, vielleicht die wichtigste Bestimmung betont, dass die Ehegatten – soll es der Mann oder die Frau sein – die während der Ehe durch die Erfüllung ihrer Pflichten seitens der Sorge, der Erziehung des Kindes bewiesen haben, dass sie für die Versorgung dieser Pflichten, für die Versorgung des Kindes geeignet sind, mit gleichen Voraussetzungen das Übertragen der Erziehungsrechte (der Sorgerechte) beanspruchen können, ungeachtet des Alters und des Geschlechtes des Kindes. Diese Bestimmung kann auch als Kritik der vorherigen Praxis beachtet werden, welche etwa einseitig eher, manchmal sogar ausschliesslich das untersucht hat, ob die Mutter geeignet oder ungeeignet für die Versorgung des Kindes ist. Die Bestimmung dient dabei auch die stärkere Betonung der gesellschaftlichen Entwicklung, im Laufe deren auch Väter ihre Aufgaben dem Kinde gegenüber immer mehr begreifen und wahrnehmen.

Das gegenseitige Geeignetsein der Eltern zu Versorgung der Kinder kann natürlich in sich nicht zur Teilung der Kinder führen. Die Richtlinie spricht im Gegenteil aus – wie es auch schon die vorherige getan hat – dass im Falle die Übertragung des Sorgerechts mehrere Kinder (Brüder bzw. Schwestern) betrifft, sie seien im allgemeinen, natürlich nicht unbedingt, ohne Ausnahme, von einander nicht getrennt.

Nach einer – jedoch nicht unbestrittenen – Direktive der Richtlinie sollte besonders in Fällen, wo beide der Elternteile für die Übertragung der Sorgerechte geeignet wären, aber nicht nur in diesen Fällen, das Verschulden der Ehegatten an der Zerrüttung der Ehe, an Verursachung der Scheidungsgründe (eventuell ohne eines Verschuldens auch an der Kindererziehung, an der Sorgerechten dem Kinde gegenüber) eine grössere Bedeutung bekommen.

Die Praxis behandelt diese nicht unbestrittene Direktive mit entsprechender Sorgfalt, und verwendet es in einer milderer Auslegung als es die Zielsetzung, mindestens einiger der Schöpfer der Richtlinie war. So wie alle andere Umstände, die in der Übertragung der Sorgerechte eine Rolle haben, gemeinsam zu ermassen sind, wird auch das Verschulden des einen oder anderen der Elternteile nur als eins der mehreren Umständen in betrachtgenommen, und hat daher nur im Zusammenhang mit anderen Umständen eine grössere Bedeutung.

Seit dem Inkrafttreten der Richtlinie ist zwar nur eine ziemlich kurze Zeit vergangen, die Erfahrungen der Verwirklichung der neuen, oder der zwar nicht neuen, doch jetzt mit einer stärkeren Betonung ausgesprochenen Direktiven der Richtlinie in der Gerichtspraxis sind jedoch stark vor Augen.

Eine wesentliche Änderung kann man besonders betreffend der Prozentsätze der Urteile die die Sorgerechte dem Vater übertragen nicht bemerken. Jedoch nicht, oder mindestens nicht in erster Linie diese prozentuale Änderung war die Zielsetzung der Richtlinie.

Es sind glücklicherweise ziemlich viel geblieben die Fälle, wo sich die Eheleute in der Übertragung der Sorgerechte vereinbaren, wo daher das Gericht nur das zu überprüfen hat, ob diese Vereinbarung dem Wohl des Kindes entspricht. In Fällen wo eine Vereinbarung der Eltern fehlt, ist das Gerichtsverfahren infolge der neuen Direktiven der Richtlinie vielseitiger, sorgsamer geworden.

Auch in Fällen, wo sich die Eheleute in der Übertragung der Sorgerechte nicht vereinbaren können, kann man mit Recht bestätigen, dass sich die Fälle, wo das Gericht zwischen einem für die Ausübung der Sorgerechte ungeeigneten, und einem anderen, für diese geeigneten Elternteil zu wählen hat, vermindern, und dagegen sich diese wo es zwischen zwei, für die künftige Erziehung des Kindes geeigneten Elternteile zu wählen und den eher geeigneten Elternteil aufzufinden hat, erhöhen.

Der Kampf um das Kind, der Streit um das Kind können dabei auch von einigen weiteren Umständen nicht ganz abgesondert beurteilt werden.

Der eine Umstand der den Kampf, den Streit um das Kind erschwert, ist die Wohnungsfrage. Beim Recht zur Familienwohnung, ob es um eine Mietwohnung, oder eine Eigentumswohnung geht, muss selbstverständlich von den geschiedenen Ehegatten sowohl nach dem ungarischen Familienrecht, wie auch nach dem ungarischen Wohnungsrecht eher der begünstigt werden, an dem das Sorgerecht übertragen wird. Dieses sozusagen selbstverständliches Prinzip bringt doch mit sich, dass der Kampf um das Kind und der Kampf um die Ehwohnung in einigen, vielleicht auch nicht wenigen Ehescheidungsprozessen stark verbunden auftreten. Um die Ehwohnung erhalten zu können lohnt es sich noch mehr zu beweisen, dass der andere Ehegatte zur Ausübung der Sorgerechte weniger geeignet, oder sogar gar nicht geeignet ist.

Und man muss auch hinzufügen, dass auch in Fällen wo sich dieser Streit nicht so verschärft, der Elternteil, der zu der Ausübung der Elternrechte für die Zukunft vielleicht ebenso geeignet wäre als der andere, der es bekommen hat, in einer mehrfach nachteilige Lage gelingt: er verliert seine Sorgerechte, seinen alltäglichen Kontakt zu seinem Kind, und hat auch oft die durch schwere Arbeit erworbene Wohnung zu verlassen.

Im Falle einer grösseren Wohnung, soll es eine Mietwohnung oder eine Eigentumswohnung sein, kann die richterliche Entscheidung auch in derselben Wohnung einen getrennten Wohnungsgebrauch zwischen den Eheleuten aussprechen, doch nur unter der Voraussetzung, dass dieser das Wohl des Kindes und den normalen Lebenslauf der Familie nicht gefährdet.

Wie sich in diesem letztgenannten Fall der Kontakt zwischen dem Kind und dem nichtsorgeberechtigten Elternteil gestalten wird, hängt, besonders wenn es sich um ein kleineres Kind handelt, auch von dem Benehmen des sorgeberechtigten Elternteils ab.

Ein anderer Umstand welcher den Kampf um das Kind beeinflusst ist dass der nicht sorgeberechtigte Elternteil, der vielleicht ebenso oder fast so geeignet wäre die Erziehung des Kindes zu sichern, oft mit Recht eine Angst hat, dass der andere, der Sorgeberechtigte ihn von dem Kinde entfremdet, eventuell das Kind, wegen seiner Beleidigung, wegen seiner Zorns ihm gegenüber, gegen ihn erzieht, sogar auch die Ausübung seines Umgangsrechts erschwert oder verhindert. Mit solchen Streitigkeiten haben sich die ungarische Gerichte und Vormundschaftsbehörden oft zu beschäftigen, und sind leider auch oft in einer Lage, wo sie trotz dieses böswilligen Verhaltens des sorgeberechtigten Elternteils keine, auch dem Interesse des Kindes entsprechende Lösung finden können. An Sanktionen gegen solche grobe Verletzungen fehlt es zwar nicht, aber ihre Anwendung würde in vielen der Fällen ausser dem schuldhaften Elternteil auch das Kind betreffen.

In den Fragen des Umgangsrechts können wir uns weniger bloss auf die Einsicht der geschiedenen Eltern verlassen, als es in der Literatur der DDR zu lesen ist. Eine Regelung des Umgangsrechts, teilweise seitens des Gerichts, teilweise seitens der Vormundschaftsbehörden scheint in vielen Fällen, wenn auch nicht immer so minuziosischer Weise wie es geschieht, notwendig.

Das Recht auf einem Kontakt des nichtsorgeberechtigten Elternteils mit seinem bzw. ihrem Kind ist in dem UFGB ausgesprochen, die Regeln des Umgangsrechts finden sich in der Verordnung des Verfahrens der Vormundschaftsbehörden. Diese Regeln und die sich danach ausgebildete Gerichts- bzw. Vormundschaftsbehörden-Praxis sind ziemlich starr. Die Zeitdauer der Umgangsmöglichkeit ist in fixen Stunden pro Monate bestimmt – welche im allgemeinen monatlich am zwei Wochenenden stattfinden können – und ausserdem in maximalten bestimmten Tagen in der Ferien. In dem Beschluss der Vormundschaftsbehörde über das Umgangsrecht sind auch die Detailfragen der Ausübung dieses Rechtes, so z.B. der Ort und die Art der Übergabe bzw. der Zurückgabe des Kindes zu bestimmen.

Es sind jedoch sicher auch solche Fälle, wo sich das ungarische Familienrecht, die Gerichte, bzw. die Vormundschaftsbehörden viel mehr auf die wohlwollene Einsicht, auf die verantwortungsvolle Gesinnung der – wenn auch geschiedenen – Eheleute verlassen könnten, als es jetzt geschieht.

Die Abneigung auch für diese Fälle gegen eine liberalere Praxis, wurzelt sicherlich darin, dass die Vormundschaftsbehörden, teilweise auch die Gerichte die Probleme der Eltern-Kind-Verhältnisse, auch der des Umgangsrechts eher durch die Streitfälle kennenlernen. Mit diesen, besonders mit den dadurch betroffenen Kindern beschäftigen sich auch die Kinderpsychologen, die Pädagogen, und andere Fachleute mehr und diese sind auch die in der Presse eine grössere Aufmerksamkeit bekommen.

Dass es aber vielleicht auch eine andere, eine kinderfreundlichere und nicht vater- bzw. mutterfeindliche Art der Ausübung der Elternrechte auch nach der Scheidung gibt, bleibt eher in dem Hintergrund. Es gibt ja ausser solchen Eheleuten, die die Ausübung des Umgangsrechts des anderen Elternteiles verhindern, oder die es nur als Pflicht einer Achtung des Gesetzes dulden, auch solche, die ein minderer beschränktes, oder sogar ein unbeschränktes Umgangsrecht, einen unbeschränkten Kontakt zwischen dem Kind und dem nichtsorgeberechtigten Elternteil zu sichern bereit sind.

Und gewiss wären es auch solche geschiedene Eheleute, die statt dem kraft Gesetzes in Sorgerecht und Umgangsrecht zerteilte Elternrechte, diese Rechte trotz ihrer Ehescheidung in einer weniger gebundener, sogar in einer eher ungebundener Form ausüben, und auch die Haftung für das Kind weiter gemeinsam annehmen bereit würden. Dass eine solche Bereitschaft seitens der Eltern auch dem Wohl des Kindes diene, braucht ja keine besondere Betonung.

Dieses Bestreben, diese gute Gesinnung der geschiedenen Eltern würde heute eine grössere gesellschaftliche Ehre und auch eine grössere juristische Anerkennung und Unterstützung verdienen. In dem ungarischen Familienrecht fehlt es noch leider an diesem Vertrauen, vielleicht jedoch nicht mehr für eine längere Zeit.

Ich wäre für dieses Vertrauen, und ohne Träume zu treiben, und ein Wunder über eine rasche Umkehr der Feindlichkeiten in vielen der unvollständigen Familien zu erwarten, würde ich sogar für jene unvollständigen Familien, die diese Feindlichkeiten nicht beherrschen, falls die geschiedenen Eheleute dazu bereit und geeignet sind, auch für eine, wenn auch stufenweise Anerkennung einer gemeinsamen elterlichen Sorge nach der Scheidung.

Die Fragen der gemeinsamen elterlichen Sorge nach der Scheidung werden in der Gerichtspraxis und auch in der Literatur der Länder, wo es für deren Anwendung ein grösseres Interesse gibt, vielseitig behandelt, und zwar mit Argumenten pro und kontra, mit Meinungsäussagen ausser den Juristen auch von Leuten der Kinderfürsorge von Jugendämtern, wie auch von Kinderneurologen, Kinderpsychologen, Kinderpsychiatern, Pädagogen, sogar mit Berichten über soziologische Forschungen in diesem Themenkreis.

Nach all dem, was ich über diese ziemlich neue, heute gewiss nur mehr ausnahmsweise anwendbare Form der elterlichen Sorge in unvollständigen Familien besonders in Artikeln und Gerichtsentscheidungsbesprechungen in der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht und amerikanischerseits in der ausführlichen, vielseitigen Abhandlung von Folberg und Graham⁹ gelesen habe, beurteile ich diese als eine solche, die im Falle einer guten Einheit von Form und Inhalt, im Falle ihre Zusicherung nur den dafür geeigneten Eltern, ein bedenkenwertes Mittel auch für das ungarische Familienrecht, eventuell auch für die andere sozialistische Familienrechte wäre, wo es bis jetzt fremd ist.

Den Fragen des Unterhaltes der Kinder in unvollständigen Familien hat die Konferenz in Prag verhältnismässig wenig Aufmerksamkeit ge-

schenkt. Die Folgenden haben auch nur die Absicht kurz mit einigen deren Fragen zu beschäftigen¹⁰.

Die Regeln des Kindesunterhaltes wie auch der Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs sind seit dem Inkrafttreten des UFGB im Jahre 1952 in ihren wesentlichen Grundsätzen ungeändert.

Das Interesse des Kindes der geschiedenen Eltern wurde schon damals möglichst vielseitig gesichert. Ein mit diesem Zwecke ausgesprochener Satz ist, dass Eltern ihrem Kinde gegenüber auch dann unterhaltspflichtig sind, wenn diese Leistung ihren eigenen Lebensunterhalt gefährdet. Nach einem anderen Grundsatz ist das Kind neben anderen, vielleicht pünktlicher gesagt vor anderen Unterhaltsberechtigten, in der Reihe der Unterhaltsberechtigten immer an die erste Stelle zu setzen. Bei der Unterhaltsbemessung wird dabei dem Grundgedanken gemäss dem Kinde auch nach der Scheidung ein womöglich dem vorherigen ähnliches Lebensniveau zu sichern, im Prinzip das gesamte Einkommen des Unterhaltsverpflichteten zugrunde genommen. Dabei wird die Frage ob das Kind wirklich eines Unterhaltsbeitrags in dieser Höhe bedarf, etwa in den Hintergrund gestellt.

Bei der Unterhaltsbemessung ist doch im Jahre 1974 eine wesentliche Reform eingeführt worden. Nach der neuen Regel wird der Kindesunterhalt im allgemeinen – doch nicht ohne Ausnahmefällen – statt einer fixen Summe in einem bestimmten Prozentsatz des jeweiligen Einkommens des Unterhaltsverpflichteten festgestellt. Dadurch erhöht sich die für das Kind zu bezahlende Unterhaltssumme mit der Erhöhung des Einkommens des Unterhaltsverpflichteten automatisch. Aber zum Schutz des Kindes hat das Gericht auch eine Mindestsumme festzulegen, die auch dann bezahlt werden muss, wenn die nach der Berechnung des Prozentsatzes zu bezahlende Unterhaltssumme niedriger wäre.

Die allgemeingültigen, doch nicht ganz ohne Ausnahme verwendeten Prozentsätze des Kindesunterhaltes sind – unabhängig von dem Lebensalter des unterhaltsberechtigten Kindes – 20% des Einkommens des Unterhaltsverpflichteten für ein Kind, 40% für zwei Kinder, doch unberücksichtigt der Kindeszahl kann es nicht mehr als 50% des Einkommens sein.

Ob in der Anwendung der Gerichtspraxis diese Regeln nicht etwa schematischer geworden sind als die Zielsetzung des Gesetzgebers war, oder als es überhaupt wünschenswert wäre, könnte schon strittig sein. Wieviel die Eltern ihren Kindern zukommen lassen, bzw. zukommen lassen können, hängt ja auch in Familien wo die Eltern zusammenleben, nicht nur von der Höhe ihres Einkommens, sondern auch von verschiedenen anderen Umständen ab. Um nur einen Umstand zu erwähnen, können Familien, die schon eine Wohnung haben – ob es eine Mietwohnung oder eine Eigentumswohnung ist – ihren Kindern mehr leisten, als jene, die noch für diese Wohnung sparen müssen, die sich vielleicht eben deshalb eine Nebenbeschäftigung suchen um dieses Ziel etwas schneller erreichen zu können. Und der Elternteil, der seine Sorgerechte verliert, gerät ziemlich oft in eine Lage, wo er wieder für eine Wohnung sparen, oder eine ziemlich hohe Untermiete zahlen muss.

Nach den Regeln des ungarischen Vollstreckungsrechts genießt der Kindesunterhalt einen unbedingten Vorrang, und das ungarische Strafbuch stellt auch strafrechtliche Sanktionen in Aussicht gegen Eltern die die Bezahlung ihres Unterhaltspflichtes unterlassen, jedoch kann man leider nicht als Ausnahmefall betrachten, dass Kinder in unvollständigen Familien ohne angemessenen Unterhalt bleiben, und deswegen so sie wie auch eventuell Mütter die ihre Kinder allein aufzubringen haben, wegen dieses Unterlassens Not leiden.

Eine erwähnenswerte Neuerung zur Überwindung dieser Not ist, dass für Fälle, bei denen der Kindesunterhalt von dem Verpflichteten nicht vollstreckbar ist, und der andere Elternteil seinem Kind, bzw. seinen Kindern allein keinen angemessenen Unterhalt gewähren kann, auch das ungarische Recht vom Jahre 1974 den Unterhaltsvorschuss des Staates eingeführt hat. Dieser staatliche Vorschuss ist zweifellos eine bedeutende Hilfe, sowohl für die betroffenen Kinder, wie auch für den betroffenen Elternteil.

Es müsste aber auch für die Staat klar sein, dass die ganze als Vorschuss gezahlte Summe wegen Unvollstreckbarkeit seitens einer grösseren oder kleineren Zahl der Unterhaltsverpflichteten auch in einer ferneren Zukunft nicht zurückerstattet wird. Ein Teil dieses Vorschusses bleibt daher im Wesentlichen eine Unterstützung des Kindes mit einer Quasi-Sozialhilfe.

Die Probleme des Eltern-Kind-Verhältnisses in unvollständigen Familien wären noch fortsetzbar. Man kann vielleicht mit Recht behaupten, dass die Mittel seiner Überwindung auch juristischer Seite im Vordergrund des Interesses stehen, jedoch mit Bedauern, dass die Zahl der unvollständigen Familien, und daher die Zahl der dadurch betroffenen Kinder nicht sinken.

FUSSNOTEN

¹ Von der Fakultät der Karl Universität Prag: Akademiker Prof. Z. Češka, Rektor der Universität, Doz. S. Radvanová (Veranstalter der Konferenz), Prof. M. Knappová, Prof. S. Plundr, V. Cepl, J. Dvořák, Doz. J. Fiala, J. Kříž, J. Ryba, Doz. J. Švetska, A. Vochozková, Doz. A. Winterová, Doz. P. Hlavsa, von der Fakultät der Universität Brunn: M. Hrušáková, der Universität Bratislava: M. Arnoldová, G. Lužkovičová, der Universität Kosice: N. Richterová, von der Akademischen Institut für Staats- und Rechtswissenschaften J. Psuly, in der Vertretung des Föderalen Justizministeriums: M. Prucha, des Tschechischen Justizministeriums: Fr. Brabanec, des Slowakischen Justizministeriums: L. Gajdošíková, aus der richterlichen und notariellen Praxis, bzw. der Advokatur: J. Haderka, M. Šajtar, J. Radimsky.

² N. M. Jersová (Moskau) und Prof. J. Weber (Riga).

³ Prof. A. Grandke (Berlin) und Doz. K. Orth (Berlin)

⁴ Prof. T. Dybowski (Warschau)

⁵ Prof. E. Weiss (Budapest) und Oberassistent M. Lehoczy (Budapest)

⁶ Es hang vielleicht mit Organisationsschwierigkeiten zusammen, dass einige der Familienrechtler, die in den früheren Jahren ständige Teilnehmer der Familienrechtskonferenzen waren, jetzt abwesend waren, bzw. dass einige der sozialistischen Länder keine Möglichkeit hatten seine Vertreter an die Konferenz zu schicken. Mit dem Abwesenheit all diesen und auch den seit der letzten Konferenz leider verstorbenen (ungarischer Seite Prof. T. Pap und J. Bacsó) war die Konferenz zweifelsohne armer geworden.

⁷ So Doz. J. Koluchová (Olmütz), J. Prokopec, Z. Vidlaková, und H. Šmidová (Praha).

⁸ In Publikationen anderer Länder, wo sich die gemeinsame elterliche Sorge nach der Scheidung als Rechtsinstitut ausgestaltet hat, wo es leichter oder schwieriger eine juristische Anerkennung erreicht hat, sind diese Fragen vielseitig erörtert.

⁹ H. J. Folberg — M. Graham: Joint custody of children following divorce. UCD Law Review 1979/2 S. 523 — 581.

¹⁰ Die ausführlichere Besprechung der Fragen des Kindesunterhaltes in unvollständigen Familien sie in dem ungarischen Länderbericht im Sammelband: Unterhaltsrecht in Europa (Mohr, Tübingen, 1983.) S. 253 — 296.

LEGAL QUESTIONS OF THE RELATIONSHIP BETWEEN PARENT AND CHILD ESPECIALLY IN THE "SINGLE-PARENT" FAMILIES

Prof. DR. EMILIA WEISS

Résumé

Problems of the parent-child relationship were the main topic of the Socialist Countries' Family Lawyers Conference held in Prag 1983. The article contains one of the Hungarian reports of the conference.

1. In the opinion of the author several questions of the parent-child relationship, especially those, which claim even legal intervention, belong very much to the problem of child-protection, hence we have to solve and arrange them also from this aspect. This very aspect of the child-protection in today's social reality — unfortunately — becomes more and more a strong claim, both toward the divorced parents and their children, and in such cases, when the child should be taken out of the endangered parental environment.

2. Four principles should rule the parent-child relationship, its legal arrangement:
1. Parents should exercise their parental rights and duties in the best interest of the child.
2. In consequences of the equality of the spouses, spouses have equal rights even in the exercise of parental rights and duties.
3. The state is responsible for the families having children, and throughout this for the improvement of the parent-child relationship.
4. The state should interfere with the parent-child relationship, especially when it is necessary because of the child's endangered situation.

3. In consequences of the marriage breakdown, in the "single-parent" families the parental rights, which had been exercised before together by the parents, split — as to the traditional model — to custody for the one parent, and to visitation's right and maintenance for the other one. Hungarian legal arrangement follows this traditional model, which causes very often — of course not always — litigations about child's settlement (placement), problems around visitation's rights and their exercise, and many times difficulties how to recover the maintenance.

4. The author assumes, that these problems divert unjustifiably the attention of the legislation and the courts from the fact, that parents, willing to cooperate in the best interest of their child even after divorce, would merit more confidence. The author suggests for these parents even the right for joint custody — if it is also to the child's advantage.

ПРАВОВЫЕ ВОПРОСЫ ОТНОШЕНИЯ РОДИТЕЛЬ-РЕБЁНОК В НЕПОЛНЫХ СЕМЬЯХ

Профессор Д-р ЭМИЛИЯ ВЕЙС

Резюме

Вопросы отношения родитель-ребёнок были главной темой Международной конференции юристов социалистических стран, занимающихся семейным правом, которая проходила в Праге в 1983-ем году. Данная работа посвящена одному из рефератов этой конференции.

1 Правовые вопросы отношения родитель-ребёнок — в особенности если они влекут необходимость государственного вмешательства или оказания государственной поддержки другого характера — в современных обществах могут вызывать проблемы охраны детей. И это все более выдвигает на передний план вопросы отношения родитель-ребёнок, в особенности проблемы охраны детей от браков, утративших свою стабильность.

2 Регулирование отношений между родителем и ребенком в социалистическом праве должно осуществляться с соблюдением по крайней мере 4-х основных принципов: 1 Осуществление родительских прав и выполнение родительских обязанностей всегда должны иметь место в интересах ребенка и служить этим интересам. 2 В осуществлении родительских прав и выполнении родительских обязанностей оба родителя равноправны. 3 Осуществлению родительских прав, положению ребенка в семье способствует всесторонняя поддержка государства, повышения ответственность государства за судьбу семей, и в особенности за многодетные семьи. 4 Государство имеет также право надзора за надлежащим осуществлением прав и выполнением обязанностей, вытекающих из правоотношения родитель-ребёнок; если этого требуют интересы ребёнка, может вмешаться посредством применения различных мер ограничения родительских прав.

3 По традиционной модели в случае расторжения брака родительские права и обязанности в силу закона распределяются между родителями следующим образом: один из них управомачивается на осуществление прав и обязанностей, вытекающих из родительского надзора, а за другим сохраняется право общаться с ребенком. Венгерское право придерживается традиционной модели; эта модель требует решения вопросов о размещении ребенка, регулировании общения с ним и предоставления средств на содержание. Ни один из этих вопросов не лишен проблем.

4 Кроме таких случаев, когда один из разведенных супругов препятствует другому в общении с ребенком, и таких, когда готов обеспечить возможность общения с ребенком лишь в рамках и пределах установленных законом, могут быть и такие, когда раздельно проживающие родители согласны были бы на менее ограниченное или вовсе неограниченное общение второго родителя с их совместным ребенком. С помощью совместного осуществления родительского надзора после расторжения брака можно было бы найти наиболее благоприятное решение вопросов отношения между родителями и детьми.